

AHV-Rentner erhalten 2023 den vollen Teuerungsausgleich

Der Ständerat will wie der Nationalrat den vollen Teuerungsausgleich für AHV-Rentnerinnen und -Rentner. Er stimmt im Rahmen der Kaufkraftdebatte entsprechenden Motionen von SP und Mitte zu.

von Michael Schneider

Die kleine Kammer hat am Montag inhaltlich übereinstimmenden Motionen der Ständeräte Paul Rechsteiner (St. Gallen, SP) und Pirmin Bischof (Solothurn, Mitte) zugestimmt, die die Anpassung der AHV- und IV-Renten sowie der Ergänzungsleistungen gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise verlangen, und dies spätestens bis Anfang 2023. Zudem soll der Bundesrat dem Parlament ein Konzept dazu vorlegen, wie die Renten bei einer Teuerung von mehr als zwei Prozent künftig regelmässig angepasst werden können.

Heute orientiert sich der Bund bei der Festlegung der AHV-Renten am sogenannten Mischindex. Dieser basiert zur Hälfte auf der Teuerung und zur Hälfte auf der Lohnentwicklung.

Nicht auf die Löhne warten

Es gehe darum, dass die Teuerung schnell und nicht erst dann ausgeglichen werde, wenn auch die Löhne gestiegen seien, sagte Bischof. Rechsteiner betonte, bei den Pensionskassen gebe es keinen Teuerungsausgleich. Man müsse deshalb bei der AHV ansetzen. Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden, FDP) wandte sich im Namen der «Generationengerechtigkeit» gegen die Vorstösse. Die Rentnerinnen und Rentner seien mit dem bestehenden Mischindex gut gefahren.

Der Ständerat nahm die Vorstösse schliesslich mit 24:17 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Bischof) respektive 24:16 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Rechsteiner) an.

Der Bundesrat muss dem Parlament ein Konzept dazu vorlegen, wie die Renten bei einer Teuerung von mehr als zwei Prozent künftig regelmässig angepasst werden können.

Der Nationalrat hatte in seiner ausserordentlichen Session zur Kaufkraft einen Vorstoss der Mitte-Fraktion mit dem gleichen Anliegen gutgeheissen. Da der Wortlaut der Motionen nicht exakt derselbe ist, muss die grosse Kammer sich nun aber noch mit den Vorstössen aus dem Ständerat befassen.

Bei Prämien spielt Allianz nicht

Noch nicht entschieden hat der Ständerat hingegen über die Erhöhung des Bundesbeitrags an die Prämienverbilligungen für das kommende Jahr. Er wies in seiner ausserordentlichen Session zwei entsprechende Motionen seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit zur Prüfung zu. Die kleine Kammer stimmt einem entsprechenden Ordnungsantrag von Charles Juillard (Jura, Mitte) zu. Dieser will zuerst geklärt haben, ob eine sol-

che Massnahme wirklich jenen zugutekäme, welche die Hilfe bräuchten.

Isabelle Chassot (Freiburg, Mitte) und Marina Carobbio Guscetti (Tessin, SP) wollten den Bundesrat in gleichlautenden Motionen beauftragen, in einem zeitlich auf ein Jahr befristeten dringlichen Bundesbeschluss den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung um 30 Prozent zu erhöhen. Die zusätzlichen Gelder sollen die Kantone erhalten, wenn sie ihren eigenen Beitrag nicht reduzieren.

Carobbio Guscetti wehrte sich verbale gegen Juillards Ordnungsantrag. Es gehe um eine dringende Massnahme, sagte sie. Chassot war dagegen mit der Zuweisung an die Kommission einverstanden.

Der Nationalrat hatte eine Motion der SP-Fraktion mit dem gleichen Anliegen in der vergangenen Woche angenommen. Mitte und SP spannten in der grossen Kammer bei der Abstimmung zusammen.

SVP mit Gegenanträgen

Die SVP kritisierte die Motionen von SP und Mitte zur AHV und zu den Krankenkassenprämien als «sozialistische Forderungen nach noch mehr Staatsausbau» und stellte ihnen zwei direkte Gegenanträge entgegen: Parteipräsident Marco Chiesa (Tessin) wollte zum einen bei den AHV-Renten explizit am Mischindex festhalten und forderte eine Kompensation allfälliger Mehrausgaben durch eine Ausgabenplafonierung in anderen Bereichen. Zum anderen forderte Chiesa, dass Ausgaben für Krankenkassenprämien bei der direkten Bundessteuer voll abgezogen werden können.

Beide Motionen fanden im Ständerat keine Mehrheit. Weitere SVP-Vorstösse verlangten den Verzicht auf einen Teil der Einnahmen aus der Mineralölsteuer durch den Bund und die Abschaffung des Eigenmietwerts für Rentnerinnen und Rentner. Sie scheiterten im Ständerat ebenso wie zuvor schon im Nationalrat und sind damit vom Tisch.

Energiezulage ohne Chance

Ebenfalls keine Mehrheit fand ein Vorstoss aus den Reihen der Grünen, den die Partei in beiden Räten einbrachte: Beide Kammern sprechen sich gegen eine befristete Energiezulage bei bestehenden Prämienverbilligungen aus. Die Grünen wollten damit Haushalte mit geringen Einkommen gezielt entlasten. Auch ein allgemeiner gefasster Vorstoss für die Einführung einer jährlichen Energiezulage von Carlo Sommaruga (Genf, SP) wurde abgelehnt.

Abgelehnt wurde schliesslich auch eine Einmalzahlung an Haushalte. Eva Herzog (Basel-Stadt, SP) forderte einen nach der Anzahl Erwachsener und Kinder und dem steuerbaren Einkommen abgestuften «Bundescheck». Alle drei Motionen sind vom Tisch.

Der Bundesrat hatte sämtliche in der Sondersession zur Kaufkraft zur Diskussion stehenden Motionen zur Ablehnung empfohlen. «Alles, was Sie heute allenfalls beschliessen, führt zu Sparmassnahmen», warnte Finanzminister Ueli Maurer. Die Teuerung in der Schweiz betrage lediglich etwa einen Drittel jener im Euroraum, argumentierte Maurer weiter. Staatliches Handeln sei deshalb nicht angezeigt.

Solaroffensive: Nationalrat zieht mit

Der Nationalrat schliesst sich der Solaroffensive des Ständerats an.

Mit 149:17 Stimmen bei 26 Enthaltungen hat der Nationalrat am Montag das vom Ständerat vorgeschlagene Gesetz über dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Erstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter verabschiedet. Die Enthaltungen kamen vor allem von den Grünen. Sobald die Vorlage bereinigt ist, soll sie für dringlich erklärt werden und umgehend in Kraft treten. Der Nationalrat ergänzt die Vorlage des Ständerates mit der Erhöhung der Grimsel-Staumauer. Dieser «Grimsel-Paragraf» soll es ermöglichen, das Projekt voranzubringen und dabei die laufenden Bauarbeiten für eine Ersatz-Staumauer ausnutzen.

Verschiedentlich war in der Debatte von einem Kompromiss die Rede. So sagte Stefan Müller-Altermatt (Mitte, Solothurn), Alpentäler sollten nur für Solaranlagen geopfert werden, wenn auch Dächer genutzt würden. Und Thomas Aeschi (Zug) sagte, in der Brust der SVP-Fraktion schlugen zwei Herzen. Zwar verurteile sie das Vorgehen. Aber sie wolle gleichzeitig mithelfen, alles Menschenmögliche zu tun, um eine Stromknappheit im Winter zu vermeiden.

Mehr Rücksicht auf Umwelt

Die Räte wollen grosse Solaranlagen in den Bergen erleichtert bewilligen und die Investitionen unterstützen. Der Nationalrat will dabei aber mehr Rücksicht auf Natur und Landschaft nehmen als der Ständerat. So will er auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht verzichten und Fotovoltaikanlagen nicht überall zulassen – also zum Beispiel nicht in Biotopen von nationaler Bedeutung. Zweites Bein der Offensive ist eine Solarpflicht für Neubauten. Die Vorlage geht nun wieder an den Ständerat. (sda)

Protestaktion in Bern: Frauen demonstrieren gegen Volksentscheid



Mehrere Hundert Frauen haben am Montagmittag in Bern gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters protestiert. Das Ja des Schweizer Volks sei ein grosser Rückschritt punkto Gleichstellung, hiess es. Zur Protestaktion aufgerufen hatten die SP-Frauen Schweiz. Am Sonntag war mit 50,6 Prozent Ja-Stimmen eine Rentenalterserhöhung bei den Frauen von 64 auf 65 Jahre – und damit die Angleichung an die Männer – beschlossen worden.

Bild Peter Schneider / Keystone

Rettungsschirm für Axpo & Co. steht

Der Nationalrat hat am Montag im Rahmen der Beratungen über den Rettungsschirm für Stromkonzerne letzte Differenzen bereinigt. Das Geschäft geht noch einmal in den Ständerat, der über die Dringlichkeit der Vorlage entscheiden muss. Die Räte haben sich darauf geeinigt, dass Stromunternehmen, die wegen Liquiditätsproblemen ein Darlehen vom Bund beanspruchen, keine Boni und Dividenden auszahlen dürfen. Zudem sind die Bedingungen für die Darlehen unattraktiv. Sie müssen marktgerecht verzinst werden, und es wird ein Risikozuschlag fällig. (sda)

AHV: Solothurn sagt Nein, nicht Ja

Der Kanton Solothurn hat die AHV-Reform abgelehnt statt angenommen. Die Staatskanzlei hat am Montag das Abstimmungsresultat korrigiert. Im Wahlbüro Balsthal war es zu einer Verwechslung von Ja- und Nein-Stimmen gekommen, was zum Kippen des Kantonsresultats führte. Neu stehen 46 300 Nein- gegen 45 959 Ja-Stimmen. Am gesamtschweizerischen Resultat ändert der Fehler nichts. Die Zahl der Befürworter schrumpft lediglich um 464. Die AHV-Reform wurde damit immer noch mit 31 852 Stimmen Vorsprung gutgeheissen. (sda)